

ANFRAGE von Jeannette Büsser (Grüne, Zürich) und Florian Heer (Grüne, Winterthur)
betreffend Kantonspolizei – Fachdienst Menschenhandel: mehr als Kosmetik?

Das Fazit der Experten zur Bekämpfung des Menschenhandels des Europarates (Greta) ist erschreckend: Im Jahr 2020 werden 44% mehr Opfer als 2015 gemeldet.¹

Die Bekämpfung von Menschenhandel braucht verstärkte Kooperation, sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Kantonen. Die Praxis zeigt, dass Kantone, die über eine auf Menschenhandel spezialisierte Staatsanwaltschaft und Polizei verfügen, mehr Fällen auf die Spur kommen. Schweizweit werden jedoch nach wie vor sehr wenig Fälle, gemäss NZZ vom 28. Juni 2021 befindet sich die Anzahl im einstelligen Bereich, aufgedeckt. Es fehlt an enger interkantonaler Zusammenarbeit, an verwertbarem Beweismaterial und insbesondere an personellen Ressourcen. Opfer wissen oft nicht, dass sie Opfer von Menschenhandel sind. Zeugenaussagen können darum oder weil die Betroffenen zu traumatisiert sind oder sie selbst und allenfalls Angehörige bedroht werden, nicht gemacht oder verwertet werden. Andere und effektive Wege zur Bekämpfung von Menschenhandel geht Liechtenstein mit der Liechtenstein-Initiative ([aaa-solidarisch-11-2020.pdf \(llv.li\)](#)). Es wird Menschenhandel verfolgt, indem der Finanzplatz mit seinen Geldflüssen daraufhin analysiert wird.

Von NGOs werden die Bemühungen des Kantons Zürich geschätzt, und dieser nimmt schweizweit eine Vorreiterrolle ein. Trotzdem - insbesondere da in den umliegenden Ländern verstärkt gegen Menschenhandel vorgegangen wird - muss der Platz Zürich besorgt sein, nicht zur Drehscheibe für Menschenhandel und insbesondere auch der Prostitution zu werden.

Der Regierungsrat wird darum um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Über welche personellen Ressourcen verfügt die Kantonspolizei im Fachdienst Menschenhandel? Wir bitten um Auskunft über die Stellenprozente und der fachlichen Spezialisierung. Diverse NGOs berichten, dass die Kapazitäten nicht ausreichend sind. Welche Lücken erkennt der Regierungsrat?
2. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, Bund und international? Welche Massnahmen müssten diesbezüglich ergriffen werden, um Menschenhandel effektiver zu bekämpfen?
3. Mit welchen Strategien wird dem Menschenhandel im Bereich der Prostitution begegnet? Welche zusätzlichen Strategien im Finanz- und Digitalbereich müssten ergriffen werden, um wirksam gegen die Problematik anzugehen?
4. Wie beurteilt die Regierung die zukünftige Entwicklung im Bereich des Menschenhandels und mit welchen Massnahmen wird darauf reagiert werden? Geht sie, insbesondere auch aufgrund der Effekte des Lockdowns, von einer grossen Zunahme aus?
5. Inwiefern fördert oder beeinflusst gemäss Einschätzung des Regierungsrates die 90-Tage-Regelung den Menschenhandel in der Schweiz?

Jeannette Büsser
Florian Heer

¹<https://rm.coe.int/9th-general-report-on-the-activities-of-greta-covering-the-period-from/16809e128b>